

Kommentar zum Manifest¹

Zum Text, seiner Form und seiner Funktion:

Dieser Text, konzipiert als Erinnerung an die historischen Ereignisse vor 100 Jahren, ist Vorlage für die theatralische Inszenierung einer Republikausrufung und daher bewusst kurz und abstrakt gehalten. Die Vorlesezeit sollte zwei Minuten nicht überschreiten. Als Vorlage dienten die Original-Mitschnitte diverser Republikausrufungen (z.B. Ausrufung der Bayerischen Republik durch Kurt Eisner 1918), aber auch europäische Manifeste („Aufruf an die Europäer“²) europäischer Intellektuelle aus der Vor- und Zwischenkriegszeit, die auch damals immer die Universalität der Menschenrechte und die Notwendigkeit von sozialem Frieden betont haben.

Der Text möchte an die fast zeitgleichen Ausrufungen verschiedener Republiken in Europa im November 1918 erinnern, die am Ende des ersten Weltkrieges zur Abdankung von Monarchien führten und Demokratien auf dem Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit begründeten. Durch Übernahme bzw. Anlehnung an die sprachliche Radikalität der Zeit soll der Text daran erinnern, dass die Kontingenz der Geschichte auch heute offen ist und der emanzipatorische Akt von Bürgerinnen & Bürger, eine andere Verfasstheit Europas anzustreben, immer eine historische Potentialität darstellt.

Die Wahl des Datums für die theatralische Inszenierung fiel auf den 10. November, um die beiden historischen Daten des 9. November (Republikausrufungen, Novemberpogrome, Fall der Berliner Mauer)³ und des 11. November (Ende des 1. Weltkrieges) inhaltlich zu verknüpfen, neu zu erinnern und in eine gemeinsame europäische Zukunft – Europa reformata⁴ – zu wenden.

Absatz 1

Der erste Satz soll deutlich machen, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger der eigentliche Souverän und mithin die Träger des europäischen Einheitsprojektes sind. Sie können prinzipiell frei handeln, und zwar unabhängig davon, was ihre jeweiligen Regierungen machen. Wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Wir wollen keine (sozialen) Kriege mehr führen, die von der Zivilbevölkerung ausgetragen werden müssen, um nationale und kapitalistische Interessen einzelner Regierungen zu erstreiten. Der erste Satz soll auch vergegenwärtigen, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten in den letzten zehn Krisenjahren eine fahrlässige Verschleppung institutioneller Reformen der EU und der Eurozone zu verantworten haben. Der Wille, das europäische Einigungsprojekt politisch zu vollenden, ist abhandengekommen. Viele europäischen Bürgerinnen & Bürger sind die Ambitionslosigkeit ihrer Regierungen mit Blick auf Europa leid.

Absatz 2

Die Gründungsidee Europas war es, um Jean Monnet zu zitieren, „*nicht Staaten zu integrieren, sondern Menschen zu einen.*“ Alle Ursprungstexte der europäischen Integration – z.B. das Manifest von Ventotene von 1944 – erinnern daran, dass Europa immer die Überwindung der heutigen Nationalstaaten bedeuten sollte, damit die großen Nationalstaaten nicht die kleineren dominieren (wie dies aber heute der Fall ist). Die Gründungsidee Europas war ferner die rechtliche Gleichstellung der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Nicht-Diskriminierung jenseits von Nationalität, Ethnie, Religion oder Geschlecht. Die heutige EU ist davon nach wie

¹ Mehr Texte, Informationen und Dokumentation zum Thema sowie eine ausführliche Literaturliste und Links finden Sie auf dieser Webseite unter der Rubrik „Material“. Damit möchten wir Ihnen ermöglichen, sich selbstständig und weiterführend mit dem Thema europäische Demokratie zu beschäftigen. Wir haben umfangreiche Texte sehr verschiedenen Ursprungs eingestellt, darunter auch Europa-Reden von sogenannten populistischen Politikern (Heinz-Christian Strache, Marine Le Pen etc.) oder von europakritischen Volkswirten (Hans-Werner Sinn) eingestellt, um eine kontroverse Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen.

² https://literaturkritik.de/public/artikel.php?art_id=959

³ Darüber hinaus sind der 9. November 1938 & der 9. November 1989 europäische Erinnerungsorte

⁴ Der 10. November ist übrigens auch der Geburtstag von Martin Luther

vor weit entfernt. Wir möchten hiermit dazu auffordern, dass die EU diese europäischen Ursprungsziele wieder entschlossen auf die politische Agenda nimmt. Wir möchten auch daran erinnern, dass der Maastrichter Vertrag („ever closer union“) geltendes Verfassungsrecht ist. Wir sind der Überzeugung, dass Währung und Strategie, Innen- und Außen- und Sicherheitspolitik, Klima- und Geflüchtetenpolitik, Sozial- und Steuerpolitik, Agrar-Handel- und Wirtschaftspolitik notwendigerweise zusammenhängen. Wir beanstanden ebenfalls die derzeitige Konzentration der europapolitischen Diskussion auf *identitäre* Aspekte und Elemente nationaler Kultur und möchten daran erinnern, dass Europa in erster Linie das zivile Projekt der Schaffung einer europäischen Rechtsgemeinschaft ist, die jetzt in einen politischen Rechtsraum für alle europäischen Bürgerinnen & Bürger überführt werden muss. Wir verwehren uns ebenfalls der derzeitigen Umdeutung der europäischen Friedenserzählung in eine „Sicherheitsunion“, die nur noch auf Schutz abzielt und das Prinzip der europäischen Offenheit verrät.

Absatz 3

Wir möchten daran erinnern, dass das heutige Europa Erbe und Produkt des Gedankengutes der Aufklärung ist, das nach zwei verheerenden Weltkriegen und dem Holocaust in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder freigelegt und in europäischen Institutionen verankert wurde. Der erste Satz der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren*“. Hannah Arendt schreibt dazu, dass dies natürlich nicht stimmt: in der Realität sind viele Menschen nicht frei und nicht gleich in ihren Rechten.⁵ Es muss aber Maxime europäischer Politik sein, stets an den Prinzipien von Freiheit und Gleichheit zu arbeiten, die sich grundsätzlich auf alle Menschen erstrecken. Die europäischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind unteilbar und national nicht verhandelbar. Die politische Verantwortung Europas ist es, dieser Maxime vor allem im Umgang mit Geflüchteten verpflichtet zu bleiben.⁶ Wir wenden uns damit auch klar gegen die derzeit in Europa zu beobachtende Zunahme von Hass, Gewalt und Rassismus.

Absatz 4

Mit diesem Absatz nehmen wir Bezug auf die umfangreichen Ergebnisse der Postcolonial Studies und weisen darauf hin, dass das heutige Europa in großen Zügen mitverantwortlich ist für Fluchtursachen, u.a. durch seine Art, Handel oder Landwirtschaft zu betreiben, als Klimasünder, oder durch direkte politische Einmischungen in anderen Teilen der Welt. Die Abkommen der Pariser Klimaschutzkonferenz (Dezember 2015) müssen von uns allen gemeinsam eingehalten und weiter gedacht werden.⁷ Wir fordern, dass Europa seine strukturelle Dominanz in diesen Politikbereichen zugunsten von Fairness in Handel und internationalem Austausch beendet. Dieses Manifest ist als ein europäisches Versöhnungsangebot zu lesen, mit dem Europa fünfhundert Jahre *white supremacy* beenden möchte. Das Manifest lehnt sich hier ausdrücklich an das „*Terrestrische Manifest*“ von Bruno Latour⁸ an, der die allgemeine Erklärung der Menschenrechte ausweitet auf Tier- und Pflanzenrechte und der den Schutz der globalen Allmende – darunter vor allem des Klimas – zur obersten Maxime europäischer Politik erklärt.

Absatz 5

Staat und Markt wurden entkoppelt, der Binnenmarkt und der Euro wurden nicht in eine europäische Demokratie eingebettet. Eine Sozial- und Fiskalunion wurde nicht geschaffen.

⁵ Hannah Arendt, *Von der Freiheit, frei zu sein*. In: <https://www.zeit.de/2018/02/hannah-arendt-essay-freiheit-revolution-zyklus-zeitalter>

⁶ Hannah Arendt, *We, Refugees...* Borka Parcovitsch: „*The refugees come to ask us who we are, and we need to answer them*“

⁷ <https://sdgactioncampaign.org/de/>

⁸ Bruno Latour, „*Das Terrestrische Manifest*“

Die „Bürgerunion“ als Versprechen des Maastrichter Vertrages wurde nicht eingelöst. Die Bürgerinnen & Bürger sind nicht der Souverän des europäischen Systems. Die legitimatorische Grundlage der EU ist problematisch. Wir fordern ein *demokratisches* und *soziales* Europa.

Die institutionellen und bürokratischen Mängel der EU & der *Euro-Governance* und ihre mangelnde politische Legitimität haben überall in Europa populistischen Parteien Vorschub geleistet und ganze Parteiensysteme zum Einsturz gebracht. Die Eurokrise hat Gläubiger- und Schuldner mangels politischer Arbitrage in eine chauvinistische Frontstellung gebracht. Die EU kann eine gesamteuropäische politische Arbitrage nicht gewährleisten. Der Teufelskreis aus Bank- und Staatsschulden wurde noch nicht durchbrochen. Der europäische Markt und die europäische Währung sind bis heute nicht in eine europäische Staatlichkeit eingebettet, obgleich eine Währung schon ein Sozialvertrag *ist*. Stattdessen wurden die europäischen Bürgerinnen und Bürger während der Eurokrise gegeneinander ausgespielt und einzelne Nationen (auch medial) zu Sündenböcken ernannt.

Wir fordern darum die Vollendung des politischen Projektes Europas durch die Schaffung einer *gemeinsamen* Demokratie, in der alle europäischen Bürgerinnen und Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sind: bei Wahlen, bei Steuern und beim Zugang zu sozialen Rechten. Rechtsgleichheit ist eine notwendige Bedingung für Demokratie.

Die Rechtsgleichheit für Güter und für Kapital wurden jeweils durch einen Vertrag und eine Stichtagsregelung herbeigeführt.⁹ Heute muss es um die Komplementierung dieser europäischen Vertragswerke gehen: Ein Markt – eine Währung – eine Demokratie! In einem letzten Schritt muss es also darum gehen, Rechtsgleichheit auch für europäische Bürgerinnen & Bürger herbeizuführen, und zwar dort, wo es sie am meisten betrifft, nämlich bei Steuern und sozialen Rechten.¹⁰

Konkret könnte in einem „Maastricht II“-Vertrag die Schaffung einer einheitlichen Europäischen Sozialversicherungs- und Steuernummer zu einem bestimmten Stichtag (z.B. 1.1.2035) für Neugeborene in Europa beschlossen werden, mit Bestandschutz für Ältere. So könnte perspektivisch der Übergang in ein europäisches Gemeinwesen organisiert werden, in dem alle europäischen Bürgerinnen und Bürger in einem europäischen Rechtsraum miteinander verbunden sind und eine europäische Staatsbürgergemeinschaft begründen. In einem parallelen Vertrag würden die 19 heutigen Euro-Länder so *eine* Demokratie begründen, während die Länder, die noch nicht im Euro sind, zunächst in die Währungsunion kommen und in einem zweiten Schritt die europäische Steuer- & Sozialversicherungsnummer als sichtbaren Ausdruck für bürgerliche Gleichheit einführen.

Absatz 6

Die entscheidende Forderung des Manifestes ist, dass die EU vollständig parlamentarisiert und nach dem Prinzip „*eine Person, eine Stimme*“ organisiert wird. Dies erinnert an die Forderung der 1918er Revolutionen nach allgemeinen, *gleichen*, geheimen und direkten Wahlen. Durch die Gewichtung der Stimmen im EP sind die Europawahlen heute noch nicht *gleich* für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Dabei geht es weder um Zentralisierung, noch um Kompetenztragung nach Europa, sondern um *Gewaltenteilung*. Es geht um die Schaffung einer europäischen Legislative, die volle gesetzgeberische Gewalt hat und eine zukünftige europäische Exekutive kontrolliert.¹¹ Der Europäische Rat als intransparentes und nur teilweise legitimes Entscheidungsorgan wird abgeschafft, so wie die Republik-Ausrufungen von 1918 die Monarchien abgeschafft haben. Damit wird die Fähigkeit (einiger) EU-Mitgliedsstaaten beschnitten, europäische

⁹ Binnenmarkt: Einheitliche Europäische Akte von 1986 mit Stichtagsregelung 1992; Euro: Maastrichter Vertrag von 1992 mit Stichtagsregelung 2002

¹⁰ z.B. GMEU: *Genuine Economic and Monetary Union*, 5-President Report, 2012

¹¹ Wir lehnen uns hier an ähnliche Forderungen an, z.B. TDEM, *Traité pour la Démocratisation de l'Europe*“ (2017), von Antoine Vauchez, Guillaume Sacriste, Stéphanie Hennette-Vauchez und Thomas Piketty

Entscheidungen zu dominieren bzw. Entscheidungen durchzusetzen, die zwar den Interessen des eigenen Landes, nicht aber den Mehrheitswünschen aller europäischen Bürgerinnen und Bürger entsprechen. So wurde z.B. die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung immer wieder im Europäischen Rat blockiert, während eine parlamentarische Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger einer solchen prinzipiell zustimmen würde. Die Solidarität der europäischen Bürgerinnen und Bürger wird strukturell unterschätzt.¹²

Aktuelle Vorschläge, z.B. die Schaffung eines Eurozonen-Parlament, eines Eurobudgets oder eines Europäischen Finanzministers, hängen zentral von den legitimatorischen Grundlagen ab, nämlich dass sich dieser Euro-Finanzminister einem anders legitimierten, europäischen Parlament gegenüber voll verantworten kann, denn das Budgetrecht ist das wichtigste Recht eines jeden Parlaments.

Eine zweite europäische Kammer könnte aus europäischen Regionen und Städten hervorgehen, die in plausible Verwaltungseinheiten von jeweils ca. 8-15 Millionen Einwohnern eingeteilt und zu konstitutionellen Trägern einer Europäischen Republik würden. Die kulturelle Vielfalt Europas bliebe erhalten. Europa wäre, was es immer sein wollte: normative Einheit bei kultureller Vielfalt. Niemand verliert seine Identität oder Heimat. Europa wird *eine* Demokratie, aber keine kulturelle „Einheitssoße“. Rechtsgleichheit bedeutet keine Zentralisierung!

Absatz 7

Die zentrale Forderung des Manifestes – ähnlich 1918 – ist, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Rechten und Pflichten – Wahlen, Steuern, Soziales – gleichgestellt werden. Dies ist das große, kontinentale Versöhnungsangebot nach der Krise, die den Kontinent in seinen Grundfesten erschüttert, das gegenseitige Ressentiment wieder geschürt und die europäischen Bürgerinnen und Bürger in die Hände von wohlfeilen Populisten getrieben hat, die das jeweilige Leid der einzelnen Länder für ihre nationalistischen Zwecke instrumentalisieren konnten.

Staatlichkeit bedeutet Kongruenz von Territorium, Währung und Macht. Europa muss sich auf den Weg in eine gemeinsame Staatlichkeit begeben, um endlich in all diesen Politikbereichen handlungsfähig zu werden und eine gemeinsam finanzierte Innovations-, Bildungs-, Digitalisierungs- und ökologische Infrastrukturoffensive zu starten. Dazu braucht Europa perspektivisch Steuerhoheit.

Wir brauchen dringend eine Diskussion über die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Regierung, gewählt aus dem Schoße eines repräsentativen Parlaments, die dem Prinzip der Gewaltenteilung gerecht wird. Ferner bedarf es einer europäischen Staatlichkeit, um international und strategisch im Sinne einer globalen Allmende steuerungsfähig zu werden.

Wir rufen darum die Europäische Republik aus, um nicht die Fehler des letzten Jahrhunderts zu machen und den allfälligen Modernisierungs- und Digitalisierungsschub, den wir als Zeitgenossenschaft durchlaufen, nicht gegeneinander auszuspielen, sondern miteinander zu gestalten. Darum fordern wir die europäischen Bürgerinnen und Bürger auf, sich über die Landesgrenzen hinweg die Hände zu reichen und den Versuch zu wagen, eine Europäische Republik auf dem Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit zu errichten, anstatt erneut von nationalen Eliten für populistische Versuchungen instrumentalisiert zu werden!

¹² https://www.deutschlandfunkkultur.de/studie-zur-solidaritaet-in-europa-deutlich-solidarischer.1008.de.html?dram:article_id=425139